



Rede zum Budget 2015

**Finanzreferent Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Wolfgang Sobotka**

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Hoher Landtag!

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Sehr geehrter Herr Präsident!

Werte Regierungskolleginnen und Regierungskollegen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Was ist eigentlich ein Budget? Zweifellos haben Sie ein ziemlich genaues Bild davon, was ein Budget ist, und wissen auch, wie das Budget für Niederösterreich zustande kommt und beschaffen ist. Erlauben Sie mir trotzdem, mich diesem Begriff einmal anders zuzuwenden. Denn die Frage ist berechtigt – schließlich geht es hier nicht nur um unsere Zukunft, sondern vor allem um die Zukunft unserer Kinder.

Da während des Budgetlandtages, der nahe dem Schulschluss stattfindet, immer wieder Schulklassen im Sitzungssaal zu Gast sind, ist es angemessen, diese Frage so konkret und plastisch wie möglich zu beantworten – so, dass diese Kinder, wenn sie den Saal verlassen, eine Antwort geben können.

Wir steuern die Finanzen des Landes mit Bedacht, Verantwortungsgefühl und Weitblick, denn „Schulden sind verbrauchte Zukunft“, sagte unser langjähriger Nationalrat und Budgetsprecher Dkfm. Dr. Günther Stummvoll, der auch drei Jahre lang Staatssekretär im Finanzministerium war. In diesem Sinne haben

die Kinder auf den Rängen ein Recht darauf, genau zu verstehen, was wir mit dem Budget im NÖ Landtag beschließen.

Also, was ist ein Budget? Ein paar Bilder:

Zum Beispiel könnte man die 9-jährigen Zwillinge Nina und Markus nennen, die hier in St. Pölten nach der Schule in der Nachmittagsbetreuung bleiben. Hier machen sie ihre Hausaufgaben, bekommen Hilfe beim Lernen und können am Nachmittag mit anderen Kindern drinnen und draußen spielen statt allein zu Hause vor dem Fernseher zu sitzen. Abends, wenn sie abgeholt werden, müssen sie nichts mehr für die Schule tun, und die Familie hat Zeit für ein entspanntes gemeinsames Abendessen. Das bewirkt auch das Budget.

Oder, ein anderes Beispiel - die junge Mutter, die bald nach dem ersten Geburtstag ihres Kindes wieder in Teilzeit ihre Arbeit als diplomierte Krankenschwester im Landeskrankenhaus Tulln aufnehmen möchte und das auch kann, weil ihr Kind einen Platz im Kindergarten hat – auch das unterstützt das Budget.

Oder der Landwirt, der sich bei Arbeiten auf dem Hof am Kopf verletzt hat – er wird im Landeskrankenhaus Baden in der Unfallabteilung behandelt. Der Unfallchirurg lässt sicherheitshalber das Schädelröntgen von einem Neurochirurgen im Landeskrankenhaus Wiener Neustadt begutachten – zeitgleich, auf dem Bildschirm. Auch das ermöglicht das Budget.

Oder die 83-jährige Frau im kleinen Dorf mitten im Waldviertel – sie will zu Hause leben, kann sich aber nicht mehr ganz ohne Hilfe versorgen. Deshalb kommt Essen auf Rädern jeden Tag mit dem warmen Mittagessen, und zweimal pro Woche spielt eine ehrenamtliche Besucherin mit ihr Karten – auch das unterstützt das Budget.

In den letzten Wochen gab es immer wieder Starkregen und Bäche, die über die Ufer traten. Überall halfen die Feuerwehren rasch und gut ausgerüstet aus.

Und an der Donau waren die Schäden nach dem Hochwasser vor einem Jahr bei weitem nicht so groß wie bei früheren Ereignissen – auch dazu trägt das Budget bei.

Stellen Sie sich die junge Familie vor, die immer wieder die Kinder beim Spielen und ausgelassenen Toben einbremsen muss, damit sie nicht die Nachbarn unter ihnen stören - nun können sie in die eigenen vier Wände einziehen, dank Wohnbauförderung – auch das ist das Budget.

Viele Bilder ließen sich noch zeichnen, von den Weinviertlern, die wesentlich rascher nach St. Pölten einpendeln können dank der schnelleren Straßenverbindung, von den Kindern ausländischer Herkunft, die im Kindergarten so gut deutsch lernen, dass sie in der Schule gut mitkommen werden, von den vielen Kulturschaffenden im ganzen Land, die hier auch ihr Publikum finden, von den zahlreichen Wissenschaftlern in den NÖ Forschungseinrichtungen, die hier arbeiten und leben und damit die Zukunft des Landes mitgestalten und vieles mehr.

Meine Damen und Herren,

hohes Haus!

Dieser Voranschlag ist bereits mein 18. Budget für Niederösterreich. Erlauben Sie mir dazu einige Gedanken. Sie kennen die Formulierung, dass ein Budget der in Zahlen gegossene politische Wille ist. Doch woher kommt das Budgetieren? Der an der Donau Universität Krems lehrende Wirtschaftsprofessor Gottfried Haber, der für Niederösterreich berechnet hat, wie sich die Standorte der Landeskliniken auf die regionale Wertschöpfung auswirken, sagt, Budgets gebe es schon fast so lange wie Menschen in Gruppen zusammenleben, denn schließlich mussten auch die Clan-Führer in der Steinzeit mit begrenzten Ressourcen wirtschaften. Und darum gehe es ja bei Budgets: Zukunft ermöglichen und sichern mit knappen Ressourcen.

Budgetrechnungen lassen sich schon bei den alten Griechen belegen. Bei uns gibt es spätestens seit Maria Theresia das öffentliche Rechnungswesen, die Kameralistik. Die kameralistische Buchführung wurde durch den österreichischen Hofrat Johann Mathias Puechberg 1762 erstmals schriftlich dargelegt. Auch ein kaiserliches Handschreiben aus dem Jahr 1764 belegt die Einnahmen/Ausgaben-Rechnung, die zeigt, inwieweit die Einnahmen, vor allem aus Steuern, ausreichen, um die Ausgaben zu finanzieren und in welchem Ausmaß Kredite aufgenommen werden müssen. Im gesamten Deutschen Sprachraum sollte die Kameralistik damals dem Wiederaufbau nach dem 30-jährigen Krieg dienen.

Die Budgetpolitik und ihre Vorgaben entwickelten und veränderten sich über die Jahrzehnte, müssen sich entwickeln, um den geänderten Rahmenbedingungen unserer zunehmend komplexen Zeit zu entsprechen. So sieht man in den letzten Jahren auch international Tendenzen, die Einnahmen/Ausgaben-Rechnung durch eine im kaufmännischen Rechnungswesen vorgeschriebene Gewinn- und Verlustrechnung zu ergänzen. Denn unser Buchhaltungssystem im Budget ist kameralistisch, wie Sie auch im Voranschlag des Landes für 2015 sehen können – ein trotz aller inhaltlicher Komplexität vom Rechnungswesen her betrachtet schlichtes Verrechnungssystem mit Einnahmen und Ausgaben.

Das neue Haushaltsrecht des Bundes trägt dieser internationalen Entwicklung bereits Rechnung: Neben der Finanzierungsrechnung wird jetzt im Bund auch ein Ergebnishaushalt erstellt. Einige Fragen sind noch offen, etwa, ob die beiden Salden, die meist voneinander abweichen, gleichberechtigt sind oder welcher Saldo für die Beurteilung der Budgetpolitik im Vordergrund steht. Aus dem Dreiklang Finanzierungsrechnung, Ergebnisrechnung und Vermögensrechnung lassen sich aber damit künftig ausreichende Einblicke in die Finanzgebarung der einzelnen öffentlichen Einheiten, der Gebietskörperschaften, gewinnen. Ich schließe mich der Meinung einiger Experten an, die diese Veränderungen als einen Quantensprung bezeichnen.

Niederösterreich hat die Arbeitsgruppe der Länder zur drei-Komponenten-Rechnung für die neue VRV (Voranschlags- und Rechnungsabschluss-Verordnung) geleitet und hat diesen Prozess intensiv vorangetrieben. Denn damit wird dann auch unsere langjährige Forderung umgesetzt sein, dass die Haushalte der Länder und auch der Gemeinden so einheitlich erstellt werden, dass sie tatsächlich miteinander vergleichbar sind, also nach einem Schema lesbar. Das bedeutet Transparenz für alle – davor brauchen wir uns nämlich keineswegs fürchten, im Gegenteil, es wird für alle klar sein, dass Niederösterreich im Vergleich zu den anderen Bundesländern gut dasteht.

Es wäre aber eine Illusion zu glauben, dass mit dem neuen Haushaltsrecht Ereignisse wie in Salzburg ausgeschlossen wären. Wachsam und zuverlässig müssen nach wie vor alle bleiben, die mit Steuergeldern arbeiten. Sicherheit bleibt das oberste Gebot.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich Ihnen noch weitere Bausteine an theoretischem Hintergrund zum Thema Budgetpolitik geben. Befassen wir uns mit der Frage, was Budgetpolitik eigentlich ist:

Die Budgetpolitik hat drei große Aufgabengebiete und damit Auswirkungen, die von R. A. MUSGRAVE in seiner „Theory of Public Finance“, bereits 1959 entwickelt wurde und die auch heute noch unbestritten sind:

Erstens, die Bereitstellung öffentlicher Güter und Leistungen (wie Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Verwaltung) sowie Subventionen.

Zweitens, Umverteilung - dazu gehören insbesondere die Sozialtransfers (wie Pensionen, Familienleistungen, Sozialhilfe etc.).

Drittens, Konjunkturpolitik. Zu diesem Zweck werden nicht nur die Ausgaben, sondern auch die Steuerpolitik eingesetzt.

Darüber hinaus besteht in einigen Ländern, wie auch in Österreich, noch eine Finanzierungsaufgabe des öffentlichen Sektors wie etwa die Darlehensgewährung im Wohnbau oder der Erwerb und Verkauf von Beteiligungen.

Generell gilt zu sagen: Die Budgetvorschläge sind die finanzielle Grundlage für die Aufgabenerfüllung der Ressorts bzw. Abteilungen. Im Grunde sind die veranschlagten Ausgaben nicht überschreitbare Höchstbeträge, der Bund sieht allerdings im Finanzrahmengesetz für einzelne Untergliederungen variable Teile vor, um die Konjunkturpolitik nicht zu behindern - dazu gehören etwa Bundesmittel für die gesetzliche Pensionsversicherung oder die Arbeitslosenversicherung.

Beschäftigen wir uns nun noch mit einem supranationalen Baustein der Budgetpolitik, den Maastricht-Kriterien: Sie entstanden im Zusammenhang mit der Errichtung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und der Einführung des Euro, um die Budgetdisziplin der Mitgliedstaaten zu stärken. Sie sehen vor, dass die jährliche Neuverschuldung des Staates 3% des BIP und der Schuldenstand 60% des BIP nicht übersteigen darf. Frankreich und Deutschland waren übrigens die ersten Länder, die diese Ziele nicht eingehalten und den Vertrag gebrochen haben – so viel zur Frage, was diese Kennzahlen wert sind, wenn nicht alle Staaten bereit sind, sich an die gemeinsam getroffenen Regelungen zu halten. Manche Experten sprechen in diesem Zusammenhang von „Salden- oder Quotenfetischismus“, denn die Maastricht-Kriterien sind nur ein halbherziger Schritt in Richtung echte Wirtschaftsunion.

Gern wird dabei in den Diskussionen der wahre Grund und wahre Wert der Europäischen Union vergessen, nämlich die enge Verflechtung der Interessen und Wirtschaft der Nationalstaaten, um einerseits den Frieden in Europa zu sichern – weshalb ja die ursprüngliche Kohle- und Stahlunion gegründet wurde - und andererseits als Schrittmachen für soziale Standards.

Jedenfalls werden durch die Maastricht-Kriterien die strukturellen Probleme der Wirtschafts- und Währungsunion noch nicht weitreichend genug angegangen, und wir sollten uns daran machen, die EU als Vereinigung der Regionen statt der Nationalstaaten als an nationalen Interessen orientierte Zweckgemeinschaft zu positionieren, wie Robert Menasse es in seinem Essay „Der europäische Landbote“ fordert.

Bevor wir uns den Rahmenbedingungen für die Erstellung des Voranschlags für 2015 widmen, möchte ich Sie einladen, einen Blick in die Zukunft zu werfen und damit ein weiteres Veränderungsthema zu betrachten, das uns künftig immer stärker beschäftigen wird: Die zunehmende Alterung der Bevölkerung in den meisten Mitgliedstaaten der EU wird große Herausforderungen an die öffentlichen Haushalte stellen. Es besteht dadurch die Gefahr, sagt zum Beispiel Wirtschaftsforscher Gerhard Lehner vom WIFO zum Thema Budgetpolitik, dass die Infrastruktur in den Ländern der EU wegen der steigenden Sozialkosten auf der Strecke bleibt und dadurch längerfristig Wohlfahrtsverluste und Standortnachteile für Europa drohen. Die Europäische Kommission sucht dem Vernehmen nach bereits nach Auswegen.

Ein besonderes Problem in der Budgetpolitik im Zusammenhang mit den „Maastricht-Salden“ bilden die Ausgliederungen: Lange Zeit hat Eurostat, das statistische Zentralamt der EU, Ausgliederungen eher forciert. Das lässt sich auch daran erkennen, dass bis jetzt die Ausgaben für Zinsen nicht bei der Ermittlung des 50%-Kriteriums berücksichtigt werden mussten. Dieses besagt, dass Einheiten aus dem öffentlichen Sektor in den marktbestimmten Bereich nur dann ausgegliedert werden können, wenn die marktbestimmten Entgelte mindestens 50% der laufenden Ausgaben ohne Zinsen decken. Im neuen ESVG (Europäisches System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) werden die Zinsen in die Aufwendungen eingerechnet und dadurch Ausgliederungen erschwert. Manche Ausgliederungen werden wohl auch rückgängig gemacht werden müssen - das erschwert die Budgetpolitik nicht unerheblich.

Die Budgetpolitik und ihre Vorgaben sind also – wie wir gesehen haben – Entwicklungen und einem ständigen Wandel ausgesetzt. Das lässt sich auch an einem weiteren Trend ablesen: Neben dem „Maastricht-Saldo“ schiebt sich der strukturelle Saldo stärker in den Vordergrund. Das zeigt der neue österreichische Stabilitätspakt, der ab 2017 gelten wird. Er ist zwar in seiner Berechnungsmethode nicht unumstritten, aber er gibt dann die Möglichkeit, dass die öffentlichen Haushalte konjunkturstabilisierend wirken können.

Und noch ein grundsätzlicher Gedanke: Jedes Budget ist nicht mehr und nicht weniger als eine Absichtserklärung, basierend auf den von Wissenschaftlern erstellten Prognosen. Liegen die Wirtschaftsforscher richtig, stehen die Chancen gut, dass die Politik das Budget auch einhalten kann. Wir ziehen dafür zum Beispiel strenge Kreditsperren ein. Liegen die Wirtschaftsprognosen falsch oder passieren unerwartete Ereignisse wie die Bankenkrise 2008/2009 oder in Niederösterreich die katastrophalen Hochwässer 2002 und auch 2013, muss die Politik gegensteuern, und das tun wir auch. Denn, wie schon Aristoteles gefordert hat, ist das höchste Gut der Staatswissenschaft „die Gerechtigkeit, diese aber besteht in der Verwirklichung des Gemeinwohls“. Wir sind dem Gemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger in Niederösterreich verpflichtet und kommen dieser Verpflichtung verlässlich und stabil nach - das belegt der Ihnen vorliegende Voranschlag.

Können Gebietskörperschaften eigentlich in Konkurs gehen? Die Frage stand Dank der Kärntner HYPO im Raum. Lauf Verfassung wäre es möglich. Aber in einem Steuerverbundsystem wie dem unseren ist es nicht sinnvoll. Sollten die Länder Steuerhoheit übernehmen, müsste man das neu diskutieren. Allerdings halte ich eine solidarische Kooperation der Gebietskörperschaften für sinnvoller. Und das Land Niederösterreich lässt gewiss keine Gemeinde im Regen stehen. Im Gegenteil: Wir stehen immer an der Seite unserer 573 Gemeinden. Das taten wir, als wir die Krankenhäuser übernommen und unter

dem Dach der Landeskliniken-Holding verbunden haben. Das tun wir, indem wir den Gemeinden helfen, Geld sparende Kooperationen zu schließen. Und das tun wir auch beim Hochwasserschutz. Denn die Gemeinden sind das Rückgrat und die Basis für eine funktionierende Gesellschaft.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Hohes Haus!

Kommen wir zur wirtschaftlichen Entwicklung, zu jenen Prognosen, auf deren Basis wir den Voranschlag für 2015 erarbeitet haben. Wir haben uns dafür wieder der Daten des WIFO bedient:

Die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft verläuft derzeit sehr schleppend. Für 2014 und 2015 rechnet das WIFO in der jüngsten Prognose mit einem realen Wirtschaftswachstum von jeweils 1,7%. Österreich kann damit zwar seine gute internationale Position halten, aber das Wachstum reicht nicht aus, um die Probleme am Arbeitsmarkt zu lösen.

Die Konjunktur wird von den Exporten getragen. Diese steigen heuer real um 5,5% und im nächsten Jahr um 6,5%. Das ist deutlich mehr als in den letzten beiden Jahren. Der Leistungsbilanzsaldo verbessert sich dadurch weiter. Er beträgt 2014 erfreuliche +3,3% des BIP und 2015 gar +3,7% des BIP. Das ist deutlich besser als in den Vorjahren und ein wichtiges Indiz für die starke internationale Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft. Hier muss man wirklich betonen: Österreich profitiert von der EU erheblich.

Die Binnennachfrage entwickelt sich laut WIFO-Prognosen allerdings deutlich schwächer: Der private Konsum wächst real im Durchschnitt der Jahre 2014/2015 nur um knapp 1%, obwohl die Sparneigung wegen der geringen Zinsen schwach ist und die niedrigsten Werte seit vielen Jahren aufweist.

Die Investitionen entwickeln sich recht unterschiedlich. Die Investitionen für Ausrüstungen, also Maschinen und Fahrzeuge etc., steigen nach der

Prognose des WIFO kräftig: 2014 real um 5,0%; 2015 real um 3,0%. Die Bauten hingegen steigen schwächer, und zwar 2014 real um 1,2% und 2015 um 1,3%. Der öffentliche Konsum stagniert nahezu. Er spiegelt die Bemühungen des öffentlichen Sektors wider, bis 2016 einen ausgeglichenen "Maastricht-Saldo" zu schaffen.

Wirtschaftspolitisch stellt gegenwärtig die Situation am Arbeitsmarkt die größte Herausforderung dar. Das prognostizierte Wirtschaftswachstum reicht nicht aus, das Arbeitskräfteangebot zu absorbieren. Die Arbeitslosenquote nach EU-Definition steigt 2014 auf 5,2% (2013 4,9%) und wird sich 2015 weiter auf 5,3% erhöhen, obwohl die Beschäftigung 2014/2015 um jeweils 1% zunimmt und neue Höchststände erreicht.

Die Preisentwicklung bleibt gedämpft. Der Verbraucherpreisindex nimmt sowohl 2014 als auch 2015 nach der Prognose des WIFO um knapp 2% jährlich zu. Das nominelle BIP, das für die Entwicklung der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen (insbesondere die Steuern) maßgeblich ist, nimmt 2014 um 3,5% und 2015 um 3,7% zu. Das entspricht etwa dem langjährigen Durchschnitt.

Die niederösterreichische Wirtschaft hält sich in diesem schwierigen Umfeld gut. Sie verfügt über einen starken industriell-gewerblichen Sektor, der nach den jüngsten Prognosen 2014/2015 überdurchschnittlich wächst, das bringt auch positive Impulse für die gesamte niederösterreichische Wirtschaft.

Soweit die Aussichten. Bestätigt fühlen wir uns durch das Rating von Moody's vom März dieses Jahres, das uns die höchste Bonitätsstufe – ein AAA-Rating mit stabilem Ausblick bescheinigt. Die wesentlichen Gründe für dieses Rating liegen in der soliden Haushaltsführung des Landes, den beträchtlichen Vermögenswerten und den Zugang zum Finanzmarkt über die Bundesfinanzierungsagentur. Das Rating spiegelt auch die engen ökonomischen, fiskalischen und institutionellen Verbindungen zwischen dem Bund und den Ländern wider.

Ein wesentliches Thema für Niederösterreich ist der EU-Beitritt und die unglaublich starken Auswirkungen auf das ehemalige Ende der Welt am Eisernen Vorhang. Niederösterreich hat sich immer ganz besonders dafür stark gemacht, gerade die Grenzregionen zu entwickeln. Heute sichern Patienten aus Cesce Velenice jenseits der Grenze die nötigen Patientenströme ins Landeskrankenhaus Gmünd.

Solche Erfolge sind aber hart zu erringen, es bedarf einer intensiven Bemühung, um den Kontakt zu den Nachbarn auf so tragfähige Beine zu stellen, dass eine auch wirtschaftlich komplexe Situation gut gemeinsam bewältigt wird. Niederösterreich als Region gehört aber auch zu den stärksten Nutznießern der Osterweiterung. Das ist uns immer bewusst, und dafür engagieren wir uns auch besonders. So hat bisher jeder Euro, den wir nach Brüssel bezahlt haben, dreifache Rendite gebracht: Einen Euro bezahlen – drei zurückbringen – so funktioniert gute EU-Politik in Niederösterreich, meine Damen und Herren. Auch bei der Regionalförderkulisse 2014-2020 werden wir wieder profitieren. Die EU-2020-Strategie hat drei Prioritäten: Intelligentes Wachstum, integratives Wachstum und nachhaltiges Wachstum.

Unser Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll hat mit der St. Pöltner Erklärung in der EU ins Schwarze getroffen: 208 Regionen und 114 Städte haben die Erklärung für intensive Regionalförderpolitik unterfertigt. Ab 2014 wird es nun doch weiterhin Regionalfördermittel geben, und zwar für alle Regionen – womit eine Kernforderung Niederösterreichs erfüllt ist.

Die Entwicklung der Regionen sehe ich überhaupt als Kernaufgabe der EU. Es sind die Regionen, die den Menschen nahe sind. Niederösterreich ist für viele Menschen viel mehr Heimat als Österreich. Niederösterreicher sein, und Europäer – das ist eine gute Kombination. Wer sich als Niederösterreicher sieht, kann nicht nationalistisch sein. Wir arbeiten hervorragend mit anderen europäischen Regionen zusammen, ob mit Brandenburg in Sachen Tourismus und Gartenkultur oder mit Südmähren für die Gesundheitsversorgung an der ehemals unüberwindbaren Grenze. Der Regionen-Gedanke entzieht dem unappetitlichen Nationalismus den Nährstoff.

Robert Menasse analysiert in seinem Essay, wie das Nationale die Auswirkungen der Immobilien- und Bankenkrise aus den USA bei uns erst befeuert hat. Wenn die Schulden Griechenlands 2 Prozent des Bruttosozialprodukts Europas betragen – wieso glauben die Menschen wirklich, dass es sich um eine unlösbare und bedrohliche Finanzkrise handelt? Schwer zu lösen wird sie erst durch die aus nationalen Interessen gespeisten Querschüsse. Im Jahr 2011 hatte Deutschland die höchsten Steuereinnahmen und damit das höchste Budget seiner Geschichte seit der Staatsgründung, die folgenden Budgets werden dem kaum nachstehen. Und trotzdem liegen Deutschlands Schulden noch über der in der EU gemeinsam festgesetzten Quote. Am Thema Finanzunion werden sich die Arbeiten durch die nationalstaatlich befeuerten Interessen wohl noch einige Zeit ziehen, denn überall und ständig gibt es irgendwelche Wahlen.

Wir Regionen, wir können wunderbar kooperieren, meine Damen und Herren! Wir entwickeln gemeinsame Gesundheitsversorgungs-Räume, gemeinsame Tourismus-Regionen und vieles mehr. Und deshalb brauchen wir auch die Förderungen für die Entwicklung der Regionen. Dank an unseren Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll, dass er die regionale Zusammenarbeit in ganz Europa sucht und nutzt!

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Sehr geehrter Herr Präsident!

Werte Regierungskolleginnen und Regierungskollegen!

Sehr geehrte Abgeordnete!

Was konkret steckt nun für unser Land in diesem Budget? Was „kann“ es?

Wir haben die Eckpunkte für die Wirtschaftsstrategie 2020 abgesteckt:

- Forschung, Technologie, Innovation,
- Kooperation & Öffnung,
- Gründungen mit Wachstumspotenzial,
- nachhaltiges Unternehmenswachstum und
- Standortentwicklung.

Ein wesentlicher Punkt in diesem Konzept ist das heurige Jahr der Wissenschaft. Wichtig ist es, im wirtschaftlichen Bereich in Wachstumsinitiativen zu investieren und die Unternehmen zu ermutigen. Dazu wird das Förderwesen adaptiert und mit Jahresende die Strategie präsentiert. Fest steht, dass Unternehmen künftig verstärkt Haftungen und Beteiligungen zur Erhaltung der Liquidität brauchen werden. Die Förderlandschaft wird ein wesentlicher Beitrag zur Steuerung der Wirtschaftsentwicklung sein.

Für den Wirtschaftsstandort wichtig ist die Entwicklung Niederösterreichs als Kultur- und Tourismus-Land. Förderungen im Bereich der Kultur bringen „Arbeit für Viele und Werte für alle“ und wirken sich spürbar auf Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsmarkt aus. Mehr als 12.000 Arbeitsplätze werden pro Jahr durch das Kulturangebot geschaffen. Die Kulturförderung des Landes löst jährlich rund eine Milliarde Euro an direkten und indirekten Ausgaben in Niederösterreich aus. Und allein durch die Kultur kommen weitere 200 Millionen Euro durch Kulturtouristen ins Land. Diese Zahlen belegen, dass sich Investitionen in die Kultur in Sachen Lebensqualität und Wirtschaftsentwicklung lohnen.

Im Bereich Tourismus wird sich Niederösterreich weiterhin im Segment Genuss und Lebenskultur positionieren, der Slogan lautet: „Lebenskultur pur! Niederösterreich ist das Land des Genießens und der Lebenskultur.“ Wir unterstützen die Stoßrichtungen Lebenslust, Wohlbefinden und Abenteuer

In der Wissenschaft entfaltet sich in Niederösterreich so viel, dass auch das internationale Interesse an unseren Entwicklungen steigt. Unsere Wissenschaftsachse Krems, Tulln, Klosterneuburg und Wiener Neustadt blüht!. Heuer startet der Bau der Karl Landsteiner-Privatuniversität für Gesundheitswissenschaften in Krems – sie ist ein Leuchtturm-Projekt des Landes und wir brauchen sie nicht zuletzt für die Sicherung der Qualität in den Landeskliniken. Die Donau-Universität hat das Promotionsrecht erworben. Das Institute of Science and Technology IST Austria in Klosterneuburg feiert sein 5-Jahres-Jubiläum. Es widmet sich der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung und Postgraduierten-Ausbildung. Derzeit arbeiten dort 29 Professoren, bis 2026 sollen es 90 bis 100 sein, sowie rund 1.000 WissenschaftlerInnen. Niederösterreich trägt bis dahin 368 Millionen Euro für die Infrastruktur am IST-Campus.

Mit MedAustron geht das modernste Zentrum für Ionentherapie und Forschung in Europa heuer in den Probebetrieb. Es wird vielen Menschen im Kampf gegen den Krebs helfen, die derzeit deutlich schlechtere Chancen auf Genesung haben. Das Land Niederösterreich investiert 200 Millionen Euro. 450 Arbeitsplätze werden bei MedAustron in Wiener Neustadt entstehen, 1.400 Menschen behandelt werden können und im kommenden Jahr die ersten Patienten behandelt werden.

Mittlerweile haben wir 60 Wissenschafts-Einrichtungen in Niederösterreich. Die Zahl der Studierenden hat sich von 3.900 im Jahr 2000 auf heuer 19.000 entwickelt. Die Zahl der Fachhochschul-Studiengänge hat sich mit 62 beinahe verdoppelt und die Forschungsquote ist von 0,95% im Jahr 2002 auf heuer 1,56% geklettert.

Ein Kernthema ist der Arbeitsmarkt: Wir haben den höchsten Beschäftigungsstand der Geschichte, andererseits steigen die Arbeitslosenzahlen – wie ist das möglich? Wesentliche Faktoren von Arbeitslosigkeit sind das Wirtschaftswachstum einerseits, und andererseits das

dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehende Angebot an Arbeitskräften. Um mehr Arbeitsplätze schaffen zu können, brauchen wir – das ist eine Faustregel – ein Wirtschaftswachstum von mindestens 2,5%. Das hatten wir aber weder 2012 mit +0,9% noch 2013 mit nur +0,5%. 2013 erreichte das Angebot an Arbeitskräften mit 628.500 Personen eine Rekordmarke – weil immer mehr Menschen ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen. Somit steigen zwar die Beschäftigtenzahlen, aber auch die Zahlen der Arbeitslosen. Dies vorweg.

Eine effiziente Arbeitsmarktpolitik will möglichst viele Menschen in Beschäftigung halten. Das ist eine Herausforderung, denn die Arbeitslosigkeit droht vor allem bei den Männern und generell bei Ausländern zu steigen. Besonders betroffen sind nach wie vor vor allem bildungsferne Gruppen. So waren knapp 42% der Arbeitslosen 2013 Personen, die gar keinen oder nur einen Pflichtschulabschluss haben. Zusätzlich müssen wir uns darum bemühen, Chancen für jene zu eröffnen, die es ohne Hilfe nicht schaffen – denn auch sie haben ein Recht auf Beschäftigung und Einkommen als Lebensgrundlage.

Wichtig beim Thema Arbeitsplatz ist es, die Eigenverantwortung der Bevölkerung zu unterstützen. Das tun wir, etwa mit der niederösterreichischen Bildungsförderung für rund 8.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für deren weitere Qualifizierung.

Wichtig ist uns auch, dass sich die Menschen für einen gesunden Arbeitsplatz stark machen – auch darin unterstützen wir sie nach unseren Möglichkeiten. Denn fast jeder sechste Arbeitslose weist gesundheitliche Probleme auf. Daraus ergibt sich Handlungsbedarf vor allem bei Älteren und Geringqualifizierten. Ein großes Thema sind daher auch geeignete Arbeitsumfelder für ältere Menschen. Denn sie können nur länger im Erwerbsleben bleiben, wenn sie auch Arbeit finden und haben und wenn diese Arbeit auch für die sich verändernden Möglichkeiten älterer Menschen passt.

Wie nötig es ist, mit aller Kraft zuzupacken, zeigen die Zahlen: Zwar steigen die Beschäftigtenzahlen, erfreulich ist aber, dass die Zahl der jobsuchenden

Jugendlichen im April im Vergleich zum Vorjahr um -6,7% zurückgegangen ist. Wir sind weit entfernt von Zuständen wie in Griechenland, Italien oder Spanien. Doch das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern etwas, wofür wir etwas tun.

Wie schwierig der Arbeitsmarkt ist, zeigen die weiteren Zahlen: Im April 2014 waren 584.000 Menschen in Niederösterreich unselbständig beschäftigt, das ist ein Zuwachs von 3.000 Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahr. Trotzdem steigt auch die Zahl der Arbeitssuchenden: Im selben Monat waren beim AMS Niederösterreich insgesamt 48.448 Arbeitslose vorgemerkt, das sind um 5.397 (oder 12,5%) mehr als im Vorjahr. Vom Anstieg der Arbeitslosigkeit sind nach wie vor die über 50-Jährigen (+21,9%) besonders betroffen, und noch stärker Personen mit gesundheitlichen Vermittlungseinschränkungen (+40,1%). Die Arbeitslosenquote steigt Ende April um 0,8%-Punkte auf 7,7%. Österreichweit lag sie mit 8,1% noch höher.

Niederösterreich will gegensteuern: Wir planen weitere Investitionen wie etwa die Bahnhofsoffensive mit 180 Millionen Euro oder das Ausbauprogramm für die Spitäler mit rund 2 Milliarden Euro in den nächsten Jahren. Im Bereich der Wissenschaft investieren wir 80 Millionen Euro, in die Kultur 70 Millionen Euro, um die Wirtschaft zu beleben. Denken Sie an MedAustron, aber auch an die Landesausstellung und die vielen Projekte.

Ein Beispiel möchte ich noch nennen, das sich überdurchschnittlich erfolgreich speziell um ältere Arbeitslose kümmert - das Modellprojekt „45:50“ im Bezirk Baden. Es bietet arbeitslosen Frauen über 45 und arbeitslosen Männern über 50 Jahren eine umgehende und intensive Betreuung an, um diese wieder rasch in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Da die Erfolgsquote bei über 50 Prozent liegt, weiten wir es auf jene Bezirke aus, die eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote bei älteren Arbeitnehmern verzeichnen.

Aber wir wollen mehr tun: Wir beschäftigen uns laufend mit neuen Forschungsansätzen zum Thema Arbeitsformen und

Beschäftigungsmöglichkeiten. Denn gute Arbeitsmarktpolitik denkt voraus und geht voran. Ich betone das so, weil Niederösterreich ein attraktiver Wirtschaftsstandort bleiben will und sich auch weiterentwickeln will. Schließlich ist ein Kriterium dafür die Lebensqualität, und die hängt nicht zuletzt mit dem Arbeitsmarkt zusammen.

Da Niederösterreich ein Flächenbundesland mit vielen regionalen Unterschieden ist, brauchen wir eine Arbeitsmarktstrategie, mit der noch ziel- und punktgenauer die Bedürfnisse der Menschen und der Wirtschaft einer Region aufeinander abgestimmt werden können. Denn die regional unterschiedlichen Strukturen führen auch zu sehr vielfältigen Herausforderungen. So ist etwa Mobilität im Wald- und Weinviertel ein zentrales Thema. Die Arbeitslosigkeit ist im Industrieviertel im Vergleich zum Vorjahr um 13% gestiegen, aber im Waldviertel nur um 2%. Der Anstieg der älteren Arbeitslosen ist im Mostviertel wiederum höher als im Industrieviertel.

Die Grundlagen für eine effiziente Strategie werden im Rahmen der Studie „Arbeitsland Niederösterreich“ erarbeitet. Die Studie und darauf aufgesetzt die Arbeitsmarktstrategie verfolgt das Ziel, die in Niederösterreich gesetzten Beschäftigungsmaßnahmen stärker als bisher aufeinander abzustimmen und so eine höhere Effizienz zu erreichen. Denn derzeit werden beschäftigungswirksame Maßnahmen von unterschiedlichsten Stellen, mit unterschiedlichsten langjährig entwickelten Strukturen und Förderungskulturen, gesetzt.

Wir kennen diese Situation aus der Gesundheitsförderung, hier haben wir bereits vor Jahren die verschiedenen Anbieter unter dem Dach der Initiative „Tut gut“ zusammengeführt, sämtliche Maßnahmen werden durch die Donau Universität Krems evaluiert. Geld fließt nur in Präventionsprojekte, die nachweislich wirksam sind.

Das Ergebnis der Studie „Arbeitsland Niederösterreich“ wird die Arbeitsmarktstrategie NÖ 2020 sein, und zwar mit einem sehr konkreten

Arbeitsprogramm, das auch internationale „Best practise“-Modelle enthält und sich intensiv mit Mobilität und Bildung beschäftigt. Die konkreten Ziele:

- ArbeitnehmerInnen am Arbeitsmarkt in Beschäftigung halten,
- Jugendliche, die noch nicht am Arbeitsmarkt sind, integrieren,
- Hilfe beim Wiedereinstieg und
- Initiativen für ältere Arbeitnehmer und Arbeitslose.

Damit sollten die Mittel des Territorialen Beschäftigungspaktes – 2014 sind das 192 Mio. Euro – bestmöglich genützt werden, und ebenso die Fördermöglichkeiten des Europäischen Sozialfonds ausgeschöpft werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

An den Arbeitslosenzahlen sehen wir, wie wichtig Bildung ist. Deshalb investiert das Land hier, beginnend von den Sprachförderungsbetreuerinnen in den Kindergärten und der umfassenden pädagogischen Orientierung mit Portfolio und zahlreichen Impulsen für Gesundheit, Bewegungsverhalten und Entwicklung, über die NÖ Mittelschulen und Gymnasien. Wie im Gesundheitsbereich soll eine Aufteilung in fünf Bildungsregionen ein effizientes Personalmanagement und effektive Qualitätskontrollen sicherstellen. Statt 26 Schulbehörden gibt es ab August nur mehr eine Schulbehörde. Alle Kompetenzen der Bezirksschulräte gehen in die Kompetenz des Landesschulrats über.

Die duale Ausbildung in Österreich hat sich europaweit als Erfolgsmodell herumgesprochen und Österreich liegt bei der Jugendarbeitslosigkeit gleich hinter Deutschland hervorragend auf Platz 2 in Europa. In Niederösterreich werden derzeit rund 18.500 Lehrlinge in rd. 6.000 Lehrbetrieben ausgebildet, an 19 Berufsschulstandorten werden rund 150 Lehrberufe vermittelt (von 200

österreichweit). Das Modell Lehre mit Matura gewinnt zunehmend an Bedeutung und wird vom Land NÖ unterstützt.

Wesentlich für die Familien ist neben der Nachmittagsbetreuung in den Kindergärten, und der Unterstützung weiterer Betreuungsformen wie Tageseltern, der Ausbau der Tagesbetreuung an den NÖ Pflichtschulen. Ergänzend gibt es, weil Eltern nicht so viel Urlaub nehmen können, wie Schulen und Kindergärten Ferien machen, eine Unterstützung im Rahmen der NÖ Ferienaktion. Das Land investiert in die Lesekompetenz der Kinder und Jugendlichen, fördert die Musikschulen und bietet die Kreativakademien für Kinder und Jugendliche, unterstützt Gemeinden bei der bewegungsfördernden Gestaltung sowie die Sanierung und den Bau von Turnsälen und Sportanlagen. Der Bereich Unterricht, Erziehung und Sport ist nominell um über 100 Millionen Euro höher budgetiert ist als im Vorjahr.

Ein großer Brocken im Budget sind die NÖ Landeskliniken, die sich weiterhin gut entwickeln und unter dem Dach der Landeskliniken-Holding immer besser zusammenwachsen.

Es gäbe noch sehr viel zu sagen zu den einzelnen Bereichen im Budget, einen möchte ich kurz hervorheben: 24 Millionen fließen im kommenden Jahr in den Hochwasserschutz – eine deutliche Erhöhung gegenüber 2014, die den Ausbau der Schutzbauten beschleunigen wird. Im Vorjahr sind die Schäden entlang der Donau bei weitem nicht so hoch ausgefallen wie noch 2002. Ein Grund dafür ist, dass wir so viel in Schutzmaßnahmen investiert haben. Das tun wir weiterhin.

Wir investieren aber auch in die Freiwilligen Feuerwehren, öffentliche Sicherheit, die Landwirtschaft, die Umwelt, in den ländlichen Raum. Und wir sparen bei den Kosten. So hat sich die Zahl der Bediensteten in der Hoheitsverwaltung in den letzten Jahren um 1.300 Dienstposten reduziert. Dafür ist sie bei den Landeskindergärten und bei den Ärzten in den Landeskliniken gestiegen. So sieht unsere Budgetpolitik aus, meine Damen

und Herren – orientiert an den Bedürfnissen der Bevölkerung, wirksam und zielführend.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Hohes Haus!

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Geschätzte Regierungsmitglieder!

Meine sehr geehrten Abgeordneten!

Kommen wir nun zu den Zahlen des Budgets: 2015 steigt das Budgetvolumen leicht an, von 7.890 Millionen netto auf Ausgaben und Einnahmen von jeweils 8.267 Millionen Euro. Das administrative Ergebnis liegt damit bei Null; den strukturellen Abgang gleichen wir durch unser Niederösterreich-Sparbuch aus.

Die Netto- und Brutto-Darstellungen weichen im Jahresvergleich voneinander ab, weil unterschiedliche Tilgungszahlungen zu verschiedenen Zeitpunkten fällig werden. So liegen die geplanten Ausgaben im kommenden Jahr brutto bei 8.560,3 Millionen Euro. Die Verbindlichkeiten im Budget sind leicht gestiegen, weil innere Anleihen in Finanzschulden umgewandelt werden.

Unsere Verbindlichkeiten, die 2010 noch bei fast 4 Milliarden Euro lagen, stehen nun seit 2012 immer um etwa 3,3 Milliarden Euro. Damit sind wir neben Vorarlberg und Tirol das einzige Bundesland, das seine Verbindlichkeiten stabil halten kann. Das bedeutet, dass die Verschuldung pro Kopf 2.062 Euro ausmacht. Dem gegenüber steht aber ein Vermögen von 3.570 Euro Pro Kopf. Sie sehen in Ihren Unterlagen sehr deutlich, dass die Verbindlichkeiten

des Landes gegenüber den offenen Forderungen und dem Geldvermögen deutlich höher liegen, meine Damen und Herren!

Erlauben Sie mir an dieser Stelle, wieder einmal zu betonen, wie dringend wir eine vergleichbare Darstellung aller Bundesländer-Budgets in Österreich brauchen, denn momentan werden nur allzu oft Äpfel mit Birnen verglichen, eine Reform der VRV ist also dringend erforderlich! Niederösterreich braucht Vergleiche nicht zu scheuen.

Kommen wir zu unserem Generationenfond: Er ist in der Tat ein Segen für unser Budget. Im ersten Halbjahr 2013/2014 hat er ein Delta von 967 Millionen Euro erwirtschaftet, seit der Krise bringt er laufend klar sichtbar positive Ergebnisse. Dank des gemeinsamen Landtagsbeschlusses mit der SPÖ sind wir damit in ruhigem Fahrwasser unterwegs. Die Volatilität des Generationenfonds hat enorm zugenommen, in Summe steigen wir konstant gut aus; wichtig ist dabei, dass es um eine langfristige Sichtweise geht, und die ist gerade für diese unruhigen Zeiten in der Tat positiv.

Das nächste Thema ist das Verhältnis Bund – Länder – Gemeinde und das gesamtstaatliche Defizit: Vergleichen wir den öffentlichen Schuldenstand 2013 in Österreich, also Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger, so zeigt sich sehr klar: 205 Milliarden oder 88% der Schulden hat der Bund, 17 Milliarden oder 7% die Länder (ohne Wien) und 9 Milliarden oder 4% die Gemeinden mit Wien. Länder und Gemeinden haben somit 12% der gesamtstaatlichen Schulden. Ganz anders sieht es dagegen bei der Finanzverantwortung aus, also der Ausgabenverantwortung: Hier tragen Länder und Gemeinden 33% der Last, der Bund nur 67% - im Verhältnis zu 88% der Schulden. Das ist ein Ungleichgewicht zu Lasten der Länder!

Ein Wort zum Maastricht-Ergebnis: Niederösterreich hält hier alle Vorgaben des Österreichischen Stabilitätspakts ein, ja unterschreitet sogar die

Vorgaben, und unterstützt damit den Bund. Die Zahlen können Sie alle nachlesen.

Das NÖ Budgetprogramm 2014-2018 gestalten wir nach den Vorgaben des Österreichischen Stabilitätspaktes 2012 und rollieren es jährlich. Würden wir uns aber nur daran orientieren, lägen wir nicht so gut, wie wir liegen. Die Ziele des NÖ Budgetprogramms sind

- das Einhalten der Maastricht-Salden und der strukturellen Defizite über die Programmperiode gemäß Stabilitätspakt, hier bleiben wir bis 2016 immer unter den Vorgaben,
- das Senken bzw. Halten der administrativen Abgänge auf jenem Niveau, das die Einhaltung der Maastricht-Salden bis 2016 und der strukturellen Defizite ab 2017 gewährleistet, sowie
- die Stabilisierung des Schuldenstands dahingehend, dass die Vorgaben der Schuldenquotenanpassung gemäß Stabilitätspakt eingehalten werden.

Das Programm sieht vor, dass wir ab 2014 keine Entnahmen zur vorzeitigen Tilgung der Finanzschulden mehr aus der Veranlagung tätigen. Weiters, dass nur mehr 2014 und 2015 Mittel aus dem Generationenfonds entnommen werden, und zwar zusammen maximal 261 Millionen Euro und ab 2016 nur mehr die laufenden Zinseinnahmen aus dem Generationenfonds wandern.

Nun zu den Ausgaben: Wie immer geht der Löwenanteil unseres Niederösterreich-Budgets auch 2015 in den Bereich Gesundheit und Soziales, und der Betrag ist im Verhältnis zu heuer höher eingeplant. Während sich das Gesamtbudget über die letzten 15 Jahre in einer sehr flachen Kurve entwickelt hat, stieg das Gesundheits- und Sozialbudget mit der Übernahme der Krankenhäuser durch das Land Niederösterreich seit 2004 dramatisch. Seit

2008 konnte durch die Zusammenarbeit aller Landeskliniken unter dem Dach der NÖ Landeskliniken-Holding die Kostensteigerung eingefangen werden und läuft jetzt auf höherem Niveau in etwa parallel zur Entwicklung des Gesamtbudgets. Das ist allerdings nicht selbstverständlich in einem sich so stark verändernden Bereich.

Sehr geehrter Herr Präsident!

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Werte Abgeordnete und Regierungsmitglieder!

Experten bestätigen uns die herausragende Qualität unserer Budgetpolitik. Dies verdanken wir nicht zuletzt dem hochqualifizierten Team in unserer Finanzabteilung unter Leitung von HR Dr. Reinhard Meißl und Budgetdirektor Rudolf Stöckelmayer. Ihnen und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern möchte ich sehr herzlich danken für den intensiven Einsatz.

Albert Camus hat einen schönen Leitsatz für uns formuliert: „Die wahre Großzügigkeit der Zukunft gegenüber besteht darin, in der Gegenwart alles zu geben.“ Diesen Satz möchte ich uns allen mitgeben – als Grundlage für die Diskussionen zum Budget.

Danke!